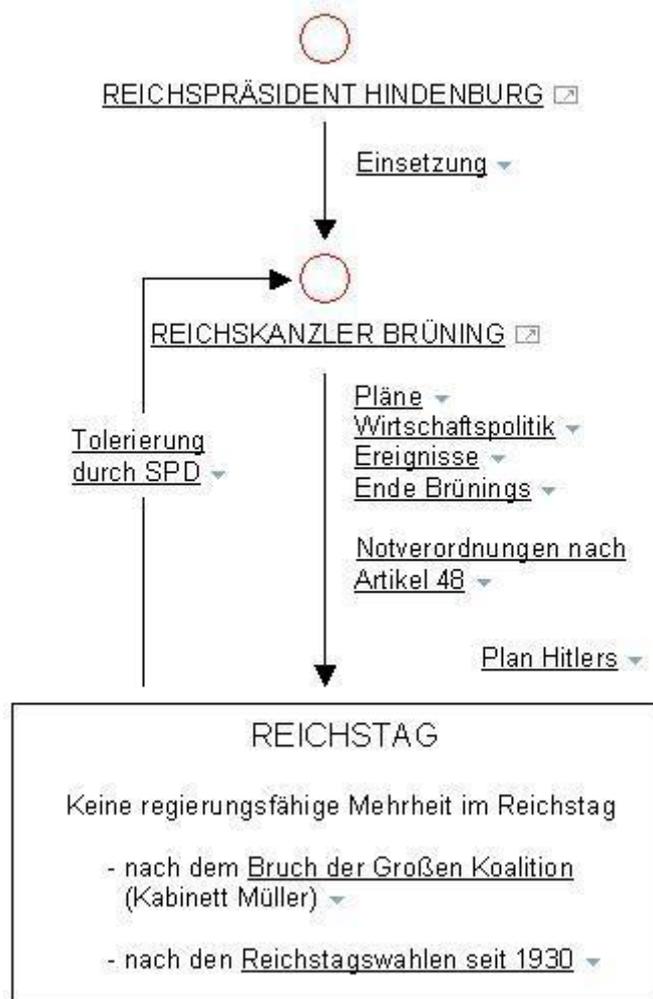


1. Das Präsidialkabinett Brüning (30. März 1930 - 30. Mai 1932)

Die Funktionsweise des Präsidialkabinetts Brüning



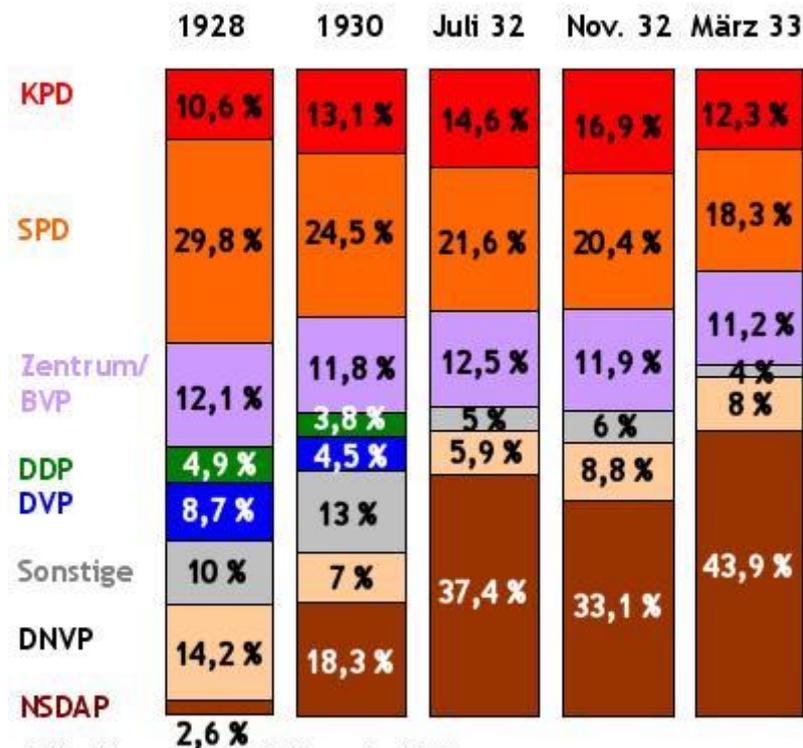
Aufgabe 1:

Erkläre das obige Schema.

Aufgabe 2:

Untersuche die Reichstagswahlergebnisse:

Reichstagswahlergebnisse 1928 - 1933



Juli + November 1932 sowie 1933:

DVP und Dt. Staatspartei (ehemals DDP) unter Sonstige

Wahltermine und -beteiligung:

1928, 20. Mai: 75,6%

1930, 14. September: 82,0%

1932, 31. Juli: 84,1%

1932, 06. November: 80,6%

1933: 05. März: 88,8%

- Finde die vollständigen Namen der Parteien und deren Positionen heraus (z.B. über eine Internet-Recherche).
- Beschreibe, wie sich die einzelnen Parteien entwickelten.
- Lege den Zeitpunkt fest, an dem die Extremisten eine Stimmenmehrheit haben.

Aufgabe 3:

Im Vertrag von Lausanne wurde eine Lösung der Reparationsfrage aus dem 1. Weltkrieg erreicht. Brüning sah dies als seinen politischen Erfolg an und kommentierte seine eigene Politik im Rückblick so: Er sei "hundert Meter vor dem Ziel" gestürzt worden. Nimm Stellung zu dieser Aussage.

Vertiefung/Binnendifferenzierung:

Informiere dich über die Auswirkungen der Deflationspolitik Brünings

Präsidialkabinette



Unter Präsidialkabinetten versteht man Regierungen, deren Reichskanzler im Reichstag keine Mehrheiten fanden und vom Reichspräsidenten eingesetzt wurden. Die Reichskanzler waren deshalb vom Reichspräsidenten abhängig. Da Mehrheiten im Reichstag fehlten, erließ der Reichspräsident mangels vom Reichstag verabschiedeter Gesetze (sog. „Gesetzgebungsnotstand“) Notverordnungen nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung (Notverordnungen).

Einsetzung

Die Regierung Müller, die von einer Großen Koalition (SPD, Zentrum/BVP, DDP und DVP) getragen wurde, stürzte am 27. März 1930 über die Frage der Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 3,5%. Wegen eines halben Prozentpunktes verweigerte die DVP die Zustimmung. Bei den Neuwahlen in September 1930 fand sich keine Regierungsmehrheit mehr. So setzte Reichspräsident Paul von Hindenburg Reichskanzler Brüning ein, ohne dass er mit einer parlamentarischen Mehrheit regieren konnte (sog. Präsidialkabinett).

Pläne Brünings

Brüning strebte wie der Reichspräsident eine stabile rechte Mehrheit im Reichstag unter seiner Kanzlerschaft an.

Wirtschaftspolitik Brünings

Brüning senkte die öffentlichen Ausgaben. Er führte Lohn- und Gehaltskürzungen bei staatlichen Angestellten und Beamten durch und beschränkte die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, hob aber gleichzeitig die Beitragssätze an. Zugleich erhöhte er die Steuern auf Löhne und Einkommen, die Umsatzsteuer sowie die Steuern auf Bier, Tabak und Zucker.

Neben einer Sanierung des Staatshaushaltes ging es Brüning darum, eine neue Inflation wie die von 1923 zu vermeiden. Außerdem sollten deutsche Produkte auf dem Weltmarkt billiger werden, damit die Wirtschaft über den Export angekurbelt werden könnte, was aber an ähnlichen Maßnahmen des Auslands für deren Produkte scheiterte (Protektionismus im Kontext der der Weltwirtschaftskrise). Eine Abwertung der Reichsmark lehnte er ab. Wie sehr es in Brünings Absicht lag, dem Ausland zu demonstrieren, dass Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen konnte, ist umstritten, tatsächlich jedoch wurden auf der Konferenz von Lausanne im Juni 1932 die deutschen Reparationsverpflichtungen nach einer einmaligen Schlusszahlung von 3 Mrd. Reichsmark, die aber nicht bezahlt wurde, eingestellt.

Im Ergebnis verstärkte Brünings prozyklische Deflationspolitik die ☐Weltwirtschaftskrise, die im Jahr 1932 ihrem Höhepunkt zustrebte.

Ereignisse während der Regierungszeit Brünings

1931 erwirkt Brüning bei den Gläubigern Deutschlands ein Moratorium zum Aufschub der Reparationszahlungen. Die endgültige Einstellung der Reparationszahlungen erfolgte aber erst kurz nach seinem Sturz auf der Konferenz von Lausanne, geht aber auf seine Politik zurück.

Am 11. Oktober 1931 traf sich in Bad Harzburg die sogenannte „Nationale Opposition“. Es handelte sich um eine rechtsradikale Sammlungsbewegung aus DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Alldeutschem Verband, Reichslandbund und rechtskonservativen Persönlichkeiten.

Sie demonstrierten gegen die Weimarer Republik und gegen die Notverordnungen, für den Sturz Brünings und für Neuwahlen.

Wegen der Verschärfung der Wirtschaftskrise fällt in Brünings Regierungszeit auch ein Anwachsen des politischen Radikalismus. Auf den Straßen tobte der Kampf zwischen den uniformierten



Schlägertrupps der NSDAP (SA = Sturmabteilung) und der KPD (Rotfrontkämpferbund), was zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen und schließlich zum SA-Verbot führte. Eine weitere paramilitärische, rechtsextreme Gruppierung war der Stahlhelm.

Ende Brünings

Brüning stürzt u.a. wegen des SA-Verbots, für das er sich auf Druck der Länder eingesetzt hatte. Es gelang ihm auch nicht, die NSDAP in die Regierung einzubinden (um damit eine parlamentarische Mehrheit zu bekommen), weil Hitler nur als Reichskanzler in eine Regierung eintreten wollte. Als Brüning mit der so genannten Osthilfeverordnung die Subventionen für die bankrotten Großagrarier einstellen und bankrotte Güter versteigern wollte, verlor er endgültig das Vertrauen Hindenburgs. Dazu kam eine Intrige des Generals von Schleicher, der glaubte, Hitlers Zusage für eine Tolerierung einer neuen Regierung durch die NSDAP bekommen zu haben, falls diese das SA-Verbot aufhebe und Neuwahlen zum Reichstag durchführe. So muss Brüning am 30. Mai 1932 zurücktreten.

Notverordnungen nach Artikel 48

Der Artikel 48 der Weimarer Verfassung lautet:

- (1) Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.
- (2) Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.
- (3) Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.
- (4) Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen.
- (5) Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Während ursprünglich für die Anwendung des Art. 48 der Staatsnotstand vorgesehen war - und von Reichspräsident Ebert auch wiederholt dafür eingesetzt wurde, wurde seit 1930 der Gesetzgebungsnotstand (d.h. eine Regierung, die dauerhaft ohne parlamentarische Mehrheit regiert) infolge der Reichstagswahlergebnisse Grund für die häufige Anwendung des Artikels.

Plan Hitlers

Hitler wollte Reichskanzler werden. Zu allen anderen Möglichkeiten, z.B. dem Eintritt von NSDAP-Ministern in eine von Brüning geführte Regierung oder die Tolerierung einer solchen Regierung, kam für ihn bzw. die NSDAP nicht in Frage.

Tolerierung Brünings durch die SPD

Brüning war ein Mann des Zentrums, einer Partei der Weimarer Koalition. Wenn dieser stürzte, war mit einem Reichskanzler der Rechten zu rechnen, was die Situation aus Sicht der SPD noch schlimmer gemacht hätte. Darum tolerierte sie Brüning - d.h. die SPD verhinderte die Gesetzesvorlagen Brünings nicht und sorgte im Parlament auch nicht dafür, dass Brüning das Vertrauen entzogen bekam - womit Neuwahlen ausgeschlossen worden wären. So stützte die SPD



viele Maßnahmen Brüning, hinter denen sie politisch nicht stand, um aus ihrer Sicht noch Schlimmeres zu verhindern.

Bruch der Großen Koalition (Kabinett Müller)

Die Große Koalition aus SPD, DDP, Zentrum und DVP zerbrach am 27. März 1930 über der Frage der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Das Kabinett hatte wegen der steigenden Arbeitslosigkeit eine Erhöhung der Beiträge von 3% auf 4% des Lohns vorgeschlagen, was von der DVP abgelehnt worden war. Diese wollte im Interesse der Industrie eine Senkung der Leistungen statt einer Erhöhung der Beiträge. Ein Kompromissvorschlag Brüning hatte eine Erhöhung auf 3,5% vorgesehen, was aber von SPD und Gewerkschaften abgelehnt worden war.

2. Kabinett von Papen (1. Juni 1932 bis 3. Dezember 1932)

Nachfolger Brüning's war Franz von Papen. Er bildete das sogenannte "Kabinett der Barone".

Wie Brüning strebte auch Papen eine stabile rechte Mehrheit im Reichstag unter seiner Kanzlerschaft an. Am Beginn seiner Regierungszeit kam er gemäß der Intrige Kurt von Schleichers der NSDAP deshalb weit entgegen. Das SA- und SS-Verbot wurde aufgehoben. Am 4. Juni 1932 erfolgte die Auflösung des Reichstags, am 31. Juli 1932 fanden Neuwahlen mit enormen Gewinnen für die NSDAP nach einem blutigen Wahlkampf mit rund 300 Toten und über 1100 Verletzten statt.

Am 20. Juli 1932 erfolgte der sogenannte "Preußenschlag": die Absetzung der SPD-geführten Regierung in Preußen durch einen Staatsstreich. In Preußen war immer noch die sog. Preußenkoalition, eine Regierung mit SPD-Beteiligung ähnlich der Weimarer Koalition, in der Regierungsverantwortung. An ihrer Stelle wurde ein Reichskommissar für Preußen eingesetzt.

Hitler wurde im August von Hindenburg als Reichskanzler zurückgewiesen, seine Integration in die Regierung Papens misslingt.

Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitisch setzt von Papen die staatlichen Sozialleistungen weiter herab, lockert das Tarifrecht und begünstigt steuerlich die Wirtschaft. Andererseits geht er mit Staatsaufträgen zu staatlichen Ausgaben über. Der Staat gibt Steuergutscheine in Höhe von 1,5 Mrd Reichsmark für die Unternehmen aus, die damit also faktisch Steuernachlässe erhielten. Er sorgt für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Höhe von 740 Mio Reichsmark und schafft einen "Freiwilligen Arbeitsdienst". Die positiven Auswirkungen dieser Maßnahmen kamen, zeitlich verzögert, schon den Nationalsozialisten zugute.

"Neuer Staat"

Nach dem Scheitern seiner Bemühungen, eine Regierungsmehrheit zu finden, will von Papen seinen Plan eines undemokratischen "Neuen Staates" umsetzen. Es handelt sich um den Plan einer Verfassungsänderung. Vorgesehen waren von Seiten Papens folgende Änderungen:

- Der Reichspräsident wird zugleich preußischer Staatspräsident.
- Die Regierung ist nur dem Reichspräsidenten verantwortlich.
- Der Einfluss des Parlaments wird eingeschränkt durch ein Oberhaus.
- Öffentliche, ungleiche und indirekte Wahlen.

Die Realisierung dieses Plans wäre nur durch einen Bürgerkrieg möglich gewesen, den die Reichswehr aber nicht führen mochte. Deshalb betrieb die Reichswehr in der Person Kurt von Schleichers mit Erfolg Papens Entlassung.

Aufgaben:

1. Arbeite die Maßnahmen Papens heraus.
2. Zeige, wie die Pläne Papens die parlamentarische Demokratie verändert hätten.
3. Papen - der Steigbügelhalter Hitlers? Nimm Stellung.

Vertiefung und Binnendifferenzierung

Informiere dich genauer über den sog. "Preußenschlag".



3. Kabinett Kurt von Schleicher (3. Dezember 1932 - 28. Januar 1933)

Pläne von Schleichers

Schleicher strebte eine Art Bündnis zwischen Reichswehr und Arbeiterschaft an. Die Interessen von Arbeitern, Angestellten und Beamten sollten berücksichtigt werden. Für das Parlament wollte er eine sogenannte Querfront, also die Tolerierung von SPD, Gewerkschaften (Gewerkschaftsachse) und Arbeitnehmerflügeln der Deutschen Staatspartei (der früheren DDP), Zentrum, DNVP und NSDAP.

Im Ergebnis spaltetet sich von der NSDAP zwar deren "linker" Flügel um Gregor Strasser ab, aber die NSDAP ließ sich nach wie vor nicht integrieren. Auch SPD und Gewerkschaften lehnten eine Zusammenarbeit letztlich ab.

Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitisch führte von Schleicher eine Verpflichtung des Staates zu großzügigen Aufwendungen für die Winterhilfe ein. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Freiwilliger Arbeitsdienst wurden fortgesetzt und ein Notwerk für die Jugend gegründet. Zentral war die Bereitstellung von 500 Millionen RM Darlehen für die Ausführung öffentlicher Aufträge. Dazu kamen Siedlungsmaßnahmen im Osten. Die Kürzungen der Sozialleistungen wurden dagegen weitgehend aufgehoben.

Das Ende für von Schleicher

Am 28.1.1933 erfolgte der Rücktritt des Kabinetts von Schleicher. Hindenburg lehnte eine Auflösung des Reichstags, wie Schleicher sie vorschlug, ab: Es gäbe "andere Möglichkeiten", denn seine "Querfront" war gescheitert, Industrie, Reichswehr und Landwirtschaft hatten sich von ihm abgewandt, da er ihrer Ansicht nach zu gewerkschaftsfreundlich war, und eine Intrige Franz von Papens hinter seinem Rücken im Hause des Bankiers von Schröder hatte zu einer Einigung zwischen Hitler, Hugenberg und anderen Persönlichkeiten geführt, die am 30.1.1933 zur Bildung des Kabinetts Hitler durch Reichspräsident von Hindenburg führte.

Aufgaben:

1. Stelle die Idee der "Querfront" graphisch dar.
2. Schleichers Konzept sah vor, Hitler zu "zähmen", indem man ihn in die parlamentarische Verantwortung nahm. Erkläre, was damit gemeint ist.
3. Schleichers Machtbasis war die Reichswehr . Finde heraus, inwiefern die Reichswehr eine Sonderrolle in der Weimarer Republik spielte.

Vertiefung/Binnendifferenzierung:

Forsche über den Tod Kurt von Schleichers nach.



4. Kabinett Adolf Hitler (Ab 30. Januar 1933)

Die Haltung der Reichswehr gegenüber dem Nationalsozialismus

Während sich die Reichswehr 1930 noch daran störte, dass die Nazis eine Politisierung der Armee zu betreiben versuchten und dass ihr Programm im Kern kommunistisch sei, akzeptierte man 1932 auf Grund der NS-Wahlerfolge die Regierungsfähigkeit der NSDAP. Allerdings sollten sie nirgends allein an die Regierung, v.a. nicht im Reich. Eine politische Einwirkung auf die Reichswehr von außen durch die Nazis war unerwünscht, auch war für die Reichswehr klar, dass sie nicht dem Einfluss der SA unterworfen werden durfte.

Die Haltung der Industrie gegenüber dem Nationalsozialismus

Einige führende Industrielle, Bankiers und Großagrarien hatten schon nach den Novemberwahlen in einer Eingabe an Reichspräsident von Hindenburg eine führende Regierungsbeteiligung der NSDAP gefordert.

Am 4. Januar 1933 trafen sich Franz v. Papen und Adolf Hitler im Hause des Kölner Bankiers Schröder, um hier die Gespräche einzuleiten, die Adolf Hitler den Weg zur Kanzlerschaft frei machen sollen.

In einer eidesstattlichen Erklärung Kurt von Schroeders über dieses Gespräch vom 4. Januar 1933 ist folgende Äußerung über die Haltung der Wirtschaft gegenüber einer Regierungsbeteiligung Hitlers zu lesen:

“Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde... Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, dass die Nationalsozialisten... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen... Weiterhin erwartet man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen werden würde... Zu erwähnen [sind] eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht... auf 300 000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand... gegeben werden sollten,... Aufträge zur Verbesserung... der Reichsbahn und Förderung [von] Automobil- und Flugzeugbau...

Es war allgemein bekannt, dass einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, dass in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.“ (Zitiert nach: Schmid: Fragen an die Geschichte 4, Frankfurt am Main, 4. neubearbeitete Auflage 1984, S.45, Rechtschreibung angepasst)

Darüber hinaus spielte der antisozialistische Kurs Hitlers gegenüber der KPD, SPD und den Gewerkschaften eine Rolle. Hitler wollte nach eigener Aussage im selben Gespräch bei Kurt von Schröder alle Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden aus führenden Stellungen in Deutschland entfernen, wobei der paranoide Juden Hass der NSDAP sicher nicht im Interesse der gesamten Wirtschaft lag, aber man glaubte, die Juden z.B. in Forschungsabteilungen schützen zu können.

Präsidialkabinett Hitler, 30. Januar 1933



Obwohl die erste Regierung Hitler ebenfalls keine Mehrheit im Reichstag besaß, wurde sie am 30. Januar 1933 von Hindenburg eingesetzt, teils wegen des Drucks bzw. der Zustimmung von Industrie und Reichswehr, teils wegen der Regierungsbeteiligung der DNVP, die wiederum Unterstützung beim Großgrundbesitz, in Reichswehr und Beamtschaft fand, teils wegen politischer Fehleinschätzungen. So glaubte man, man habe Hitler sozusagen eingerahmt, weil er in der Regierung nur den Kanzler und zwei Minister stellte. Von Papen meinte gar, man habe Hitler innerhalb von zwei Monaten „in die Ecke gedrückt, dass er quietscht“ (ebd., S. 52).

Die Ressortverteilung im Kabinett Hitler sah folgendermaßen aus:

Reichskanzler: Adolf Hitler (1889 - 1945)

Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen: Franz von Papen (parteilos) (1879-1969)

Auswärtiges: Konstantin Freiherr von Neurath (parteilos) (1873-1956)

Inneres: Wilhelm Frick (NSDAP) (1877-1946)

Reichswehr: Werner von Blomberg (parteilos) (1878-1946)

Finanzen: Johann Graf Schwerin von Krosigk (parteilos) (1887-1977)

Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft: Alfred Hugenberg (DNVP) (1865-1951)

Justiz: Franz Gürtner (DNVP) (1881-1941)

Arbeit: Franz Seldte (Stahlhelm) (1882-1947)

Verkehr und Post: Paul Freiherr von Eltz-Rübenach (parteilos) (1875-1943)

Minister ohne Geschäftsbereich: Hermann Göring (NSDAP) (1893-1946)

Aufgaben

1. Arbeite aus dem obigen Text die Programmpunkte Hitlers heraus, die der Reichswehr bzw. der Industrie entgegenkamen.
2. Verarbeite die Informationen aus dem Text zu einem ausführlichen Gespräch zwischen Befehlshabern der Reichswehr und Industriellen, in welchem sie erörtern, ob der nächste Reichskanzler Hitler heißen soll (bis zu vier beteiligte Personen). Führe das Gespräch vor der Klasse vor.
3. Zeige, wie Hitler sich die Interessen von Wirtschaft und Militär selbst zunutze macht.
4. "Machtergreifung" - "Machtübertragung" - "Machtübernahme". Erörtere, welcher Begriff am angemessensten für die Vorgänge im Januar 1933 ist.

5. Integration: Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik

Hitler, Adolf: Reichskanzler
Göring, Hermann: Reichsmarschall, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Ministerpräsident von Preußen
Papen, Franz von: Vizekanzler
Seldte, Franz: Reichsarbeitsminister, Gründer und Bundesführer des Stahlhelm
Schwerin von Krosigk, Lutz Graf: Reichsfinanzminister
Frick, Wilhelm Dr.: NSDAP, MdR, Reichsinnenminister
Blomberg, Werner von: Generalfeldmarschall, Heer
Hugenberg, Alfred Dr.: Reichsminister für Wirtschaft und Ernährung, Deutschnationale Volkspartei (DNVP)
Gereke, Günter Dr. : Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung



Kabinett Hitler(30. Januar 1933)

Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-H28422 / CC-BY-SA

- Weltwirtschaftskrise
- Inflation von 1923
- Instabilität der Republik
- Sehnsucht nach Ordnung nach dem Chaos der 1930er
- Republikferne der gesellschaftlichen Eliten
- Versailler Vertrag
- Verklärung des Kaiserreichs
- Nationalismus, autoritäre Denkstrukturen, Militarismus, Antisozialismus und Antisemitismus aus dem Kaiserreich
- Wählerverhalten
- Verhalten von Interessengruppen wie Industrie, Reichswehr, Verbänden, usw.
- Mängel in der Verfassung der Weimarer Republik
- Radikalisierung der Politik auf der Straße (SA, Rotfrontkämpferbund)
- Unterschätzung Hitlers von allen Seiten: Einrahmung, Zähmung.

Aufgabe:

1. Erläutere die einzelnen Faktoren aus deinem Wissen über die Weimarer Republik und das Kaiserreich.
2. Entscheide dich für eine Gewichtung innerhalb der Ursachen. Begründe, was deiner Meinung nach die drei wichtigsten Faktoren für das Scheitern der Weimarer Republik sind.
3. Beurteile, inwiefern die vier letzten Kanzler für das Scheitern der Weimarer Republik verantwortlich sind.